

HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN AKTUELLE RECHTSPRECHUNG

5. Hamburger Fondsgespräch
07. November 2012

Dr. Thomas Asmus
Rechtsanwalt/Steuerberater

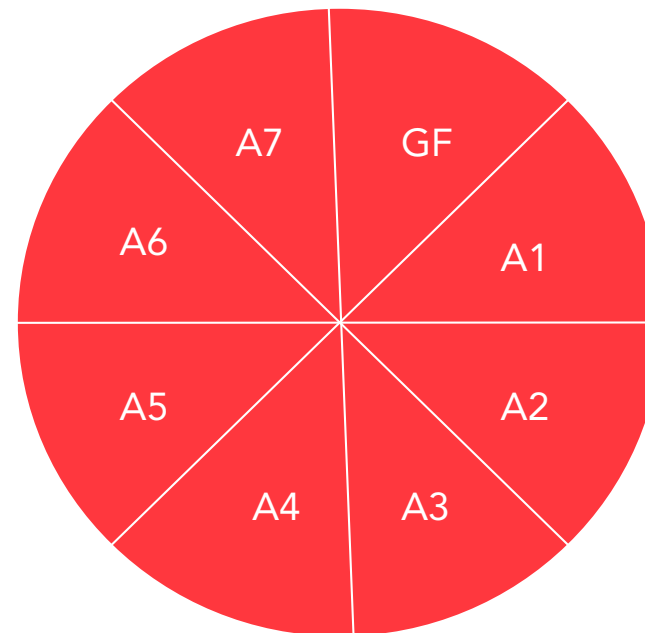
AGENDA

- I. Entscheidungen des BGH zur Herausgabe von Anlegerdaten
- II. Gesellschafterliche Verbindung versus reines Treuhandverhältnis
 1. Grundsatz
 2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle
 - a) Vollmachtsmodell
 - b) Partielle Gleichstellung
 - c) Globale Gleichstellung
 3. Hinweis zur Rechtsprechung der Instanzgerichte
- III. Ansprüche aus §§ 666, 675 BGB

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (1)

1. BGH-Beschluss vom 21. September 2009 (II ZR 264/08)

Ausgangsfall: Gesellschafter einer Fonds-GbR forderte von der GbR Mitteilung von Namen und Anschriften der Mitgesellschafter. Eine gesellschaftsvertragliche Klausel untersagte diese Auskunft.



I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (2)

1. BGH-Beschluss vom 21. September 2009 (II ZR 264/08)

Inhalt:

§ 716 BGB gewährt dem GbR-Gesellschafter das Recht, sich über die „Angelegenheiten der GbR“ durch Einsicht in die Bücher zu unterrichten. Namen/Anschriften der Mitgesellschafter sind solche „Angelegenheit der GbR“.

Entgegenstehende Regelungen des Gesellschaftsvertrages sind unwirksam (Inhaltskontrolle gem. § 242 BGB). Das Recht, seinen Vertragspartner zu kennen, ist in jedem Vertragsverhältnis so selbstverständlich, dass es nicht wirksam ausgeschlossen werden kann.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (3)

1. BGH-Beschluss vom 21. September 2009 (II ZR 264/08)

Inhalt:

Anderenfalls wären zentrale Gesellschafterrechte faktisch beseitigt (hier: Einberufungsquorum von 5%).

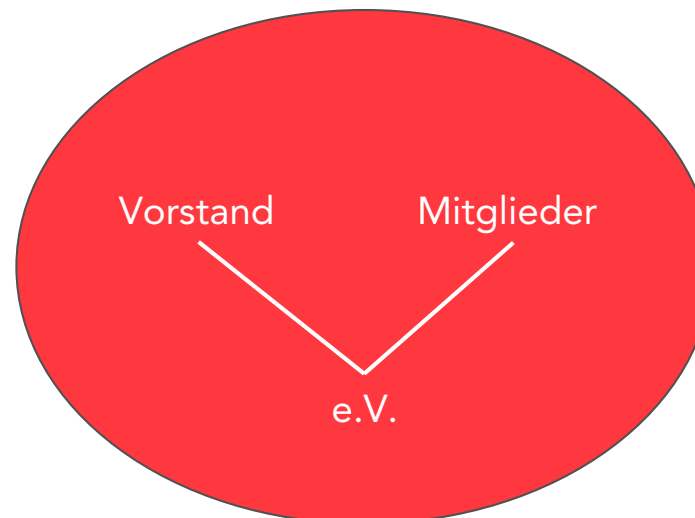
Ein schützenswertes Anonymitätsinteresse des Gesellschafters ist nicht erkennbar, abstrakte Missbrauchsgefahr reicht nicht.

Wenn Anlegerdaten auf Datenträger gespeichert sind, kann Übermittlung/Auskunft und nicht lediglich Einsicht verlangt werden.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (4)

2. BGH-Beschlüsse vom 21. Juni und 25. Oktober 2010
(II ZR 219/09)

Ausgangsfall: Vereinsmitglied forderte vom Verein Herausgabe der Mitgliederliste an einen „Treuänder“, der dann Schreiben der Mitglieder an die übrigen Mitglieder nach Missbrauchsprüfung weiterleiten sollte.



I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (5)

2. BGH-Beschlüsse vom 21. Juni und 25. Oktober 2010 (II ZR 219/09)

Inhalt:

Das Mitgliedschaftsrecht gewährt dem Vereinsmitglied das Recht auf Einsicht in die Vereinsbücher, wenn und soweit es ein berechtigtes Interesse darlegen kann, dem kein überwiegendes Geheimhaltungsinteresse des Vereins oder berechnigte Belange der Vereinsmitglieder entgegenstehen. Zu den Büchern gehört auch die Mitgliederliste.

Ein berechtigtes Interesse ist jedenfalls dann gegeben, wenn es um die Organisation eines (10%) Einberufungsquorums geht oder der Kontakt mit Mitgliedern zur Ausübung der mitgliedschaftlichen Rechte an der Willensbildung erforderlich ist.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (6)

2. BGH-Beschlüsse vom 21. Juni und 25. Oktober 2010 (II ZR 219/09)

Inhalt:

Schützenswerte Anonymitätsinteressen des Vereins oder seiner Mitglieder sind schon deshalb nicht ersichtlich, weil nur der Treuhänder die Anlegerdaten kennt und Missbrauch vermeidet.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (7)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)

Ausgangsfall:

Treugeber-Anleger forderte von Treuhandkommanditist der Fonds-KG Übermittlung aller Namen und Adressen sämtlicher Treugeber.

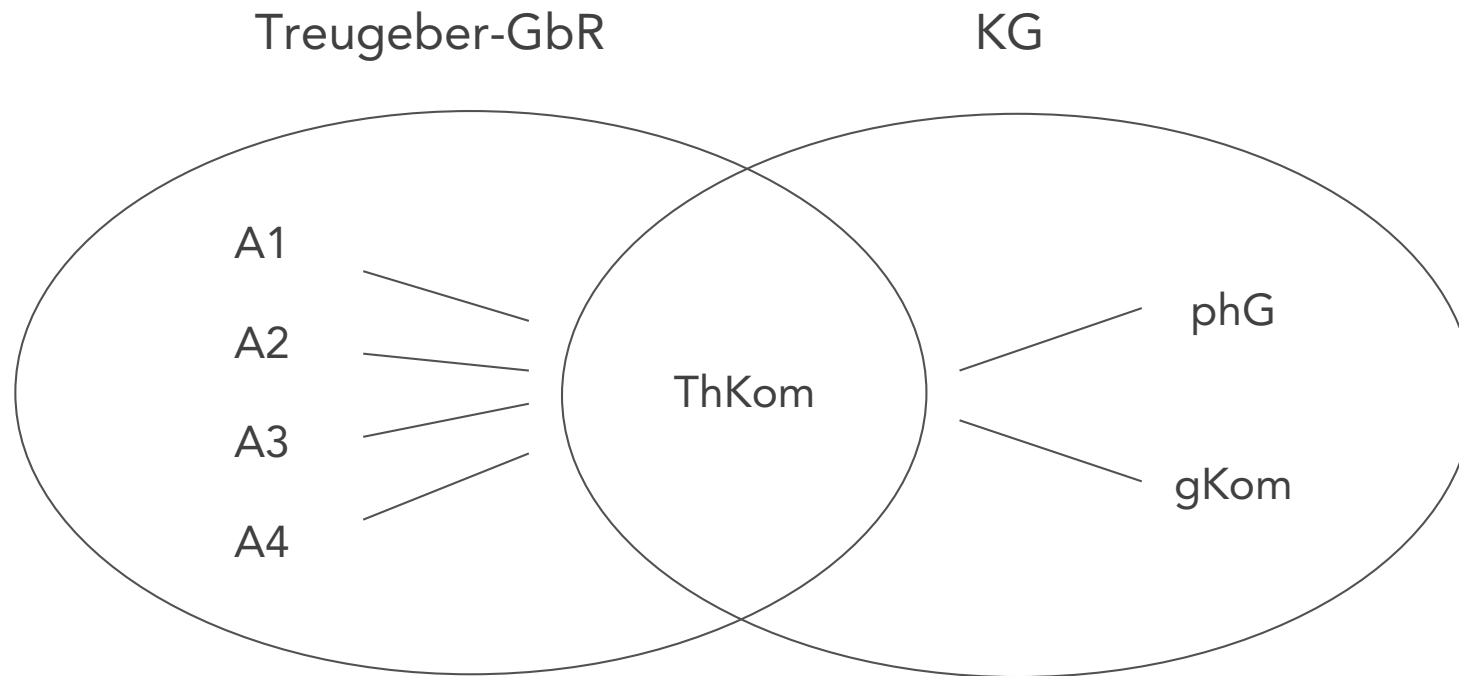
Treuhandvertrag sah Willensbildung in Treugeber-Versammlung vor. Treugeberversammlung wählte z.B. Beirat (beratendes Organ der geschäftsführenden Kommanditistin).

Treuhandvertrag untersagte Offenlegung der Anlegerdaten an Dritte (Ausn. Finanzverwaltung und KG) ohne Zustimmung des Anlegers.

Treuhand- und KG-Gesellschaftsvertrag sahen Einberufungsquoren für Gesellschafter- und Treugeberversammlung vor.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (8)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)



ThKom = Treuhandkommanditist in KG und geschäftsführender
Gesellschafter in Treugeber-GbR

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (9)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)

Inhalt:

Zwischen den Treugeber-Anlegern und dem Treuhandkommanditisten ist auf Basis des Treuhandvertrages eine Innen-GbR zustande gekommen.



Gemeinschaftliche Zweckverfolgung
= Wahrung der Rechte der Anlegerversammlung



Beitragspflichten der Gesellschafter
= aus dem Halten der Beteiligung folgende Verpflichtung,
gemeinsamen Zweck zu fördern



Korporative Elemente
= eigene Rechte der Gemeinschaft, binnenrechtliche Regelungen
zwischen Treugebern

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (10)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)

Inhalt:

Der Gesellschafter einer Publikums-GbR hat gem. § 716 Abs. 1 BGB und aus dem Gesellschaftsverhältnis das Recht, seinen Vertragspartner zu kennen. Diesen Auskunftsanspruch kann er gegenüber dem geschäftsführenden Gesellschafter (Treuhandkommanditist) geltend machen.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (11)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)

Inhalt:

Ein schützenswertes Geheimhaltungsinteresse der Mittreugeber besteht nicht.

Treugeber-Anleger ist nicht „Dritter“ im Sinne der Anonymitätsklausel; ansonsten wäre sie auch unwirksam, weil das Auskunftsrecht zum unverzichtbaren Kernbereich der Gesellschafterrechte in der Personengesellschaft gehört.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (12)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)

Inhalt:

Der (wie hier) aus besonderen gesetzlichen Regelungen folgende Auskunftsanspruch wird – anders als ein aus § 242 BGB hergeleiteter Auskunftsanspruch – nur durch das Verbot der unzulässigen Rechtsausübung (§ 242 BGB) und das Schikaneverbot (§ 226 BGB) begrenzt.

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (13)

3. BGH-Urteil vom 11. Januar 2011 (II ZR 187/09)

Ausdrücklich offen gelassen:

Können Gesellschafter der KG vom Treuhandkommanditisten Offenlegung der Treugeberdaten verlangen?

Folgt ein Auskunftsanspruch für den Treugeber gem. §§ 666, 675 BGB aus dem Treuhandverhältnis, wenn keine GbR besteht? Wenn ja, kann dieser Anspruch dann abbedungen werden?

I. ENTSCHEIDUNGEN DES BGH ZUR HERAUSGABE VON ANLEGERDATEN (14)

4. Zwei Praxis-relevante Verfahren anhängig beim BGH



II ZR 135/11 (OLG München, 7 U 237/11)



II ZR 134/11 (OLG München, 7 U 190/11)

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (1)

1. Grundsatz

Quelle des insoweit unabdingbaren Auskunftsrechts ist die gesellschaftliche Verbindung des Auskunftssuchenden mit seinen Mit-Treugebern bzw. Gesellschaftern.

Ohne eine solche gesellschaftliche Verbindung steht dem Treugeber nach herrschender Meinung in einem zweistufigen Treuhandverhältnis grundsätzlich kein Anspruch auf Offenlegung anderer Vertragspartner des Treuhänders zu (§§ 666, 675; vom BGH explizit offen gelassen).



Vorliegen einer gesellschaftlichen Verbindung kommt nach derzeitigem Rechtsstand maßgebende Bedeutung zu.

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (2)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (1)

Die drei Standardmodelle der geschlossenen Fonds:

a. Vollmachtsmodell:

Zweistufiges Treuhandverhältnis mit Vollmacht des Treuhänders an Treugeber zur Ausübung gesellschaftlicher Rechte in KG.

b. Partielles Gleichstellungsmodell:

Zweistufiges Treuhandverhältnis mit unmittelbarer Einräumung der Kommanditistenstimmrechte im KG-Gesellschaftsvertrag für Treugeber.

c. Globales Gleichstellungsmodell:

Zweistufiges Treuhandverhältnis mit Klausel in KG-Gesellschaftsvertrag, wonach Treugeber insgesamt wie ein Kommanditist zu stellen ist.

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (3)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (2)

a. Vollmachtsmodell

Dem Treuhandvertrag fehlt es an jedweder Einbeziehung anderer Personen als dem Treugeber(-Anleger) und dem Treuhänder; keine korporativen Elemente = Geschäftsbesorgungsvertrag.

Der KG-Gesellschaftsvertrag enthält zwar Hinweis auf Anleger-Kapitalaufbringung, ansonsten Regelungen aber nur für (unmittelbare) Gesellschafter der KG.

Anleger kann Kommanditistenrechte auf Vollmachtsbasis ausüben; Vertreter des Gesellschafters \neq Gesellschafter.

Treuhandvertrag verbietet, Treuhänder-Identität des jeweiligen Treugebers preiszugeben.

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (4)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (3)

a. **Vollmachtsmodell**

Keine gesellschaftliche Verbindung

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (5)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (4)

b. Partielle Gleichstellung

Zweiseitiger Treuhandvertrag wie bei Vollmachtsmodell.

KG-Vertrag räumt Treugebern unmittelbar das Recht zur Teilnahme an Gesellschafterversammlungen und das Stimmrecht, aber keine anderen Rechte (insbesondere Informations- und Kontrollrechte) ein.

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (6)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (5)

b. Partielle Gleichstellung

Zulässig, insbesondere wegen wirtschaftlicher Beteiligung des Treugebers kein Verstoß gegen das so genannte Abspaltungsverbot.

(BGH II ZR 157/52 v. 13.05.1953, BGHZ 10, 44, 48 f.; BGH, NZG 2003, 915 ff.; NZG 2009, 57 f.)




II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (7)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (6)

b. Partielle Gleichstellung

Ansprüche der Treugeber auf Offenlegung der Treugeberdaten?

Gegen Treuhänder:

-  Aus § 716 BGB wegen einer etwaig entstandenen Innen-GbR mit Treugebern und Treuhänder? (-)
(so auch OLG München v. 18.05.2011, 7 U 4847/10)
-  Aus Stellung als Quasi-Gesellschafter in KG? (-)
-  Aus § 166 HGB als akzessorisches Recht des Stimmrechts? (-)




II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (8)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (7)

b. Partielle Gleichstellung

Ansprüche der Treugeber auf Offenlegung der Treugeberdaten?

Gegen KG oder phG:

-  Aus § 716 BGB (Innen-GbR)? (-)
-  Aus Stellung als Quasi-Gesellschafter in KG? (-)
-  Aus § 166 HGB als akzessorisches Recht des Stimmrechts? (-)

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (9)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (8)

c. Globale Gleichstellung

Zweiseitiger Treuhandvertrag (wie bei Vollmachtsmodell)

KG- Vertrag: Treugeber soll insgesamt stehen wie Kommanditist („qualifizierte Treugeberstellung“) – zulässig (s.o.)

BGH: „Nach dem Inhalt des Gesellschafts- und Treuhandvertrages handelt(e) es sich (...) nicht um ein klassisches Treuhandverhältnis, sondern um eine von gesellschaftsrechtlichen Bindungen überlagerte Treuhandbeziehung.“


II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (10)


2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (9)

c. Globale Gleichstellung

Ansprüche der Treugeber auf Offenlegung der Treugeberdaten?

Gegen Treuhänder:

 Aus § 716 BGB wegen einer etwaig entstandenen Innen-GbR mit Treugebern und Treuhänder? (-)
(so auch OLG München v. 18.05.2011, 7 U 4847/10)

 Aus Stellung als Quasi-Gesellschafter in KG? (-)
• Treugeber und Treuhänder sind nicht (Quasi-)Mitgesellschafter.
• Selbst als Quasi-Gesellschafter richten sich Informations- und Kontrollrechte gegen Gesellschaft, nicht gegen Kommanditisten.

 Aus § 166 HGB? (-)

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (11)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (10)

c. Globale Gleichstellung

Ansprüche der Treugeber auf Offenlegung der Treugeberdaten?

Gegen KG:



Aus § 716 BGB wegen einer etwaig entstandenen Innen-GbR?

(-)

- Gleichstellungsklausel modifiziert Binnenrecht der KG, führt aber nicht zur Gründung einer Innen-GbR.
- Vertragsschluss durch Treugeber nicht ersichtlich.



Aus Stellung als Quasi-Gesellschafter in KG?

(-)

- Kein Quasi-Beitrittsvertragsschluss.
- Kein Vertrag zulasten Dritter.
- Kein Vorrang des KG-Binnenrechts vor treuhandvertraglichen Regelungen.

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (12)

2. Bewertung anhand praxisrelevanter Treuhand- und Beteiligungsmodelle (11)

c. Globale Gleichstellung

Ansprüche der Treugeber auf Offenlegung der Treugeberdaten?

Gegen KG:



Aus § 166 HGB?

(-)

Frage: Kann die Einräumung von Rechten im Gesellschaftsvertrag (ohne vertragliche Beteiligung) vertragliche Abreden aus dem Treuhandvertrag (Anonymitäts-klausel) außer Kraft setzen?

- Vertrag zulasten Dritter.
- Treugeber steht auch nicht unmittelbar gegenüber der KG für ggf. rückständige Einlagen ein, sondern muss den haftenden Treuhänder freistellen.
- Treugeber nicht passivlegitimiert für Gesellschafterklagen.

II. GESELLSCHAFTERLICHE VERBINDUNG VERSUS REINES TREUHANDVERHÄLTNIS (13)

3. Hinweise zur Rechtsprechung der Instanzgerichte, insb. München und Hamburg

- Relevanz Gleichstellungsklausel
- Relevanz Abstimmung über Herausgabe
- Relevanz Missbrauchseinwand

III. ANSPRÜCHE AUS §§ 666, 675 BGB (1)

§§ 675, 666 BGB gewähren Treugeber Recht auf Auskunft über Geschäftsbesorgung.

hM: Auskunftsrecht gem. §§ 675, 666 BGB erstreckt sich grundsätzlich nicht auf Daten anderer Treugeber.



Treugeber schließt Treuhandvertrag erkennbar mit der Einschränkung, dass Treuhänder (seine und) Daten anderer Anleger geheim hält.



Treuhänder kann angemessen Rechenschaft legen, ohne Anlegerdaten offen zu legen.



Treugeber werden untereinander nicht Vertragspartner.

III. ANSPRÜCHE AUS §§ 666, 675 BGB (2)

Hinweise zu Urteilen der Instanzgerichte

III. ANSPRÜCHE AUS §§ 666, 675 BGB (3)

Optionen:



Weiterleitungsmodell



Einrichtung eines Anlegerforums nach dem Vorbild des § 127a AktG



Vermeidung von Missbrauch durch Offenlegung mit Vertraulichkeits – oder Verwendungsauflagen



Ad-hoc-Abstimmungen

Hinweis: Dieses Dokument stellt keine individuelle Beratung dar und kann diese nicht ersetzen.

* * *
* * *

lindenpartners

Partnerschaft von Rechtsanwälten

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Tel. + 49 – (0)30 – 755 424 00

Fax + 49 – (0)30 – 755 424 99

www.lindenpartners.eu